Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 258. Mittag-Ausgabe.



Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 5. Juni 1862.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Turin, 3. Juni. Bei der fortgesetzten Debatte in der Deputirtenkammer hält Crispi die Meinung aufrecht, die Regierung habe davon gewußt, daß das Ziel der Expedition jenseits des Meeres gewesen und daß dieselbe Waffen und Geld dazu versprochen habe. Ratazzi leugnete dies und sagte: Wenn die Regierung Kenntniß von der Expedition gehabt hätte, würde sie jeden Versuch dazu verhindert haben, weil durch denselben die Gesetzlichkeit und die internationalen Beziehungen kompromittirt werden konnten. Depretis erklärte, die Initiative zur Bewaffnung stehe der Regierung zu. Die Discussion wird morgen fortgesetzt werden.

Ratazzi legte eine Gesetzvorlage über Associationen vor.

Turin, 3. Juni. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer wurde ein Schreiben Garibaldi's verlesen, welches Erläuterungen über die Vorfälle von Sarnico gab, die Absicht, die Grenzen zu überschreiten, gehabt zu haben, leugnete und sein politisches Programm entwickelte. Ratazzi bezog sich in seiner Erwiderung auf das Programm des Ministeriums und erntete lebhaften Beifall.

Paris, 3. Juni. Wie es heißt, werden die in Rom versammelten Bischöfe eine der weltlichen Souveränetät des Papstes huldigende Adresse unterzeichnen.

London, 4. Juni. Die heutige „Times" sagt, die Hochzeit der Prinzeß Alice mit dem Prinzen Ludwig von Hessen werde am 1. Juli zu Osborne gefeiert werden. — Said Pascha ist in London angekommen.

Bern, 4. Juni. Durch den Großrath sind in die neue Regierung zu Bern gewählt worden: die bisherigen Mitglieder Schenk, Migy, Scherz, Weber, Karlen, Kilian und Kurz; neugewählt wurden Carlin und Karrer. Durch die Wahlen wird das bisherige System überwiegend befestigt. — Der Deputirte Mühlheim stellte im großen Rathe den Antrag, die Regierung einzuladen, daß sie alle erforderlichen Schritte zur Gewinnung der eidgenössischen Hochschule für Bern einleiten möge.

Preußen.

Landtags-Verhandlungen.

8. Sitzung des Hauses der Abgeordneten (vom 4. Juni).

Der Zudrang des Publikums zu den Tribünen ist außerordentlich stark. Von Früh 8 Uhr an ist der Zugang des Hauses von einer großen Menschenmenge wie belagert, und lange nach Beginn der Sitzung warten draußen Hunderte vergebens auf den Eintritt.

Präsident Grabow eröffnet die Sitzung um 10¼ Uhr. Am Ministertische die sämmtlichen Minister außer dem Prinzen von Hohenlohe.

Der Präsident theilt mit, daß der Abg. Bauck in das Haus eingetreten und durch das Loos der vierten Abtheilung überwiesen sei. — Der Minister v. d. Heydt überreicht schriftlich den Bericht über den Fortgang des Baues und den Betrieb der Staats-Eisenbahnen, sowie mündlich einen Handels- und Freundschaftsvertrag Preußens und der Zollvereinsstaaten mit der Republik Chili. Die Ueberweisung an die Commission für Handel und Gewerbe wird in beiden Fällen genehmigt.

Es wird hierauf in die Tagesordnung eingetreten.

Der Adreß-Entwurf der Commission ist bekannt; der Vincke'sche Gegen-Entwurf ist bereits von den Zeitungen veröffentlicht; das linke Centrum hat ein die äußere Politik betreffendes Amendement eingebracht, nach Alinea 6 (Ausbau der Verfassung und verfassungsmäßige Beseitigung des dagegen vom Herrenhause gerichteten Widerstandes) folgenden Zusatz zuzufügen: „Es (das preußische Volk) ersehnt nach außen eine kräftige und vorwärtsschreitende Politik, welche Ew. Majestät erhebende Erklärung vom 9. November 1858: „Die Welt muß wissen, daß Preußen überall bereit ist, das Recht zu schützen", in vollem Umfange verwirklicht; es begehrt also in Wiederholung seiner früher ausgesprochenen Ueberzeugung, daß mit allen Mitteln auf die Herstellung des verfassungsmäßigen Rechtszustandes in Kurhessen, insbesondere auf eine sofortige Berufung der hessischen Volksvertretung auf Grund der Verfassung vom 5. Januar 1831, der in den Jahren 1848 und 1849 dazu gegebenen Erläuterungen und daran vorgenommenen Abänderungen, und des Wahlgesetzes vom 5. April 1849 hingewirkt — daß damit unser eigener Rechtszustand gesichert und die Ehre und die Interessen Preußens als europäische Großmacht gewahrt werden." Da gegen den Vincke'schen Gegenentwurf sich die beiden vorgeschritteneren liberalen Fractionen des Hauses erklären, so ist dessen Verwerfung und die Annahme des Commissions-Antrages mit dem Amendement v. Sybel, für welches auch die deutsche Fortschrittspartei sich entschieden hat, als gewiß anzunehmen.

Der Präs. will, wie es auch in der Commission geschehen, zuerst die Frage zur Berathung bringen, ob überhaupt eine Adresse zu erlassen sei. Abg. v. Vincke (Stargardt) erklärt sich mit Berufung auf die frühere Praxis des Hauses gegen diese Absicht, die Verbindung der Debatte über die Frage, ob eine Adresse zu erlassen sei, mit der General-Diskussion zu verbinden. Abg. Waldeck für die Ansicht des Präsidenten, da nach dem Vincke'schen Gegenentwurf die Lage eine andere sei, als bei Ausgabe des Commissions-Berichts, und man sich jetzt wohl gegen Erlaß einer Adresse erklären könne, während man dieselbe früher befürwortet. Abg. v. Gottberg schließt sich der Ausführung v. Vincke's an, und wird darauf von der großen Majorität des Hauses beschlossen, zuerst die Frage, ob eine Adresse zu erlassen sei, zu diskutiren.

Ref. Twesten: Auch in der Commission ist ausführlich erörtert worden, ob man den Erlaß einer Adresse dem Hause empfehlen solle und man hat sich für eine Adresse entschlossen, wegen der ungewöhnlichen, in der Geschichte constitutioneller Staaten unerhörten Lage der gegenwärtigen Verhältnisse. Das vorige Abgeordnetenhaus war unter einem Ministerium aufgelöst worden, dessen innere Unhaltbarkeit ein öffentliches Geheimniß gewesen; nur der Cultusminister war damals gegen die Auflösung; die übrigen Minister aber der Ueberzeugung, daß sie die Achtung der „Wohldenkenden" besäßen und deshalb Berufung an das Vertrauen des Landes einlegen müßten. Das Ministerium zerfiel, und es wurde nun die Vertheidigung des Königthums vorangestellt, eine Fluth von Anklagen gegen die Mehrheit des aufgelösten Hauses ergossen. Auch wir beriefen uns auf das Vertrauen, nicht der Wohldenkenden, denn alle Parteien des Landes sind wohldenkend (Bravo!), sondern des ganzen Landes. Wir sprachen den Glauben aus, unsere Pflicht gethan zu haben, und das Land hat durch Wiederwahl der Majorität des Hauses, dadurch, daß es keinem der Minister einen Platz im Hause angewiesen, und überhaupt kaum zwölf Ministerielle in das Haus gewählt hat, mit lautem Ja! geantwortet. Unter diesen Umständen erscheint es unmöglich, stumm an die Arbeit zu gehen. Gegen die von den Organen der Regierung und der reactionären Partei ausgehenden Angriffe ist es nothwendig, ein Wort auf feierliche Weise auszusprechen; wir sind es schuldig, dem Könige die Wahrheit auszusprechen, die Anschuldigungen als unbegründet zurückzuweisen. Der Ruf: „nieder mit den Demokraten" erging, und unter Demokraten wurde jeder Mißliebige und Oppositionelle verstanden, die Demokraten insgesammt für Feinde des Königthums und des Vaterlandes erklärt. Die Opposition gegen die Regierung steht auf streng verfassungsmäßigem Boden, und das Ausland verwundert sich daher mit Recht darüber, daß die Regierung eine parlamentarische Opposition mit so vieler Unhöflichkeit behandele. Aus diesen Gründen sind wir veranlaßt, Zeugniß abzulegen für den Patriotismus und die Königstreue des ganzen Volkes. Ueberdies aber werden wir in dieser Session keine Gelegenheit haben, unsere Ueberzeugung hinsichtlich der allgemeinen politischen Verhältnisse des Landes auszusprechen, und endlich, verlange auch das ganze Land nach einer Adresse. — Man sagt wohl, was wir in dem Adreßentwurf ausgesprochen, sei ein Eingriff in die Rechte der Majestät, es sei eine demokratische Unverschämtheit — so hat man's neulich genannt — Kritik an der Regierung zu üben und dem Ministerium ein Mißtrauensvotum zu geben. Dagegen aber ist geltend zu machen, daß wir, wenn auch mit Mäßigung, aber doch als ehrliche Männer sprechen müssen. Wenn endlich eine Adresse als nutzlos und entbehrlich bezeichnet wird, die nur Zerwürfnisse herbeiführen könne, so ist diese Befürchtung unbegründet. Die Sprache unserer Adresse kann nicht reizen oder erbittern, der Erfolg freilich steht nicht in unserer Macht. Ich schließe mit der Bitte an das Haus, sich für Erlaß einer Adresse auszusprechen. (Bravo!)

Abg. Dr. Waldeck: Ich habe nicht im geringsten die Absicht, den Eindruck der treffenden Wahrheiten, die so eben Ihr Berichterstatter ausgesprochen, abzuschwächen, wenn ich gegen eine Adresse spreche, und will nur im voraus constatiren, daß das Ministerium aus dieser zwiespaltigen Meinung keinen Schluß ziehe darauf, daß etwa die Einmüthigkeit der liberalen Partei in Frage gestellt sei. (Bravo.) Ich würde gegen die Adresse nichts eingewendet haben, wenn uns nur der Entwurf der Commission, den dieselbe in voller Einmüthigkeit aller liberalen Parteien beschlossen hat, vorläge. Diese Einmüthigkeit wird aber wieder durch das Einbringen verschiedener Entwürfe in Frage gestellt. Allerdings hängt, wie der Berichterstatter sagt, die Frage über das Ob einer Adresse mit dem Wie innig zusammen. Nun hat der Commissionsentwurf durchaus nicht eine gewöhnliche Adresse beabsichtigt, wie sie constitutioneller Gebrauch ist, in dem Sinne, wie dies anfangs Hr. v. Sybel und jetzt der Entwurf des Abg. v. Vincke beabsichtigt, sondern eine Kritik der bisherigen Thätigkeit des Ministeriums, namentlich der von ihm ausgegangenen Wahlerlasse. Eine sogenannte Antworts-Adresse will das Land nicht, wenn es wirklich eine Adresse wünscht. Da in der Eröffnungsrede nicht der König, sondern seine Regierung zu uns gesprochen hat, so haben wir auch weder Veranlassung, noch Befugniß, dieselbe durch eine an den König selbst gerichtete Antwort zu erwidern. Diesem Ministerium gegenüber aber ist überhaupt keine Veranlassung zu einer Adresse da. Ich würde allerdings, obgleich mir der Commissionsentwurf nicht vollständig zusagt, der Adresse im Interesse der Einigkeit beigestimmt haben. Durch den Vincke'schen Entwurf aber und durch das Sybelsche Amendement wegen der kurhessischen Frage werden wir, fürchte ich, von dem Ziele, das diese Einigkeit der liberalen Partei verfolgt, abgelenkt. Solche Fragen aber in die Adresse hineinzutragen, würde nur Gelegenheit zu abstracten Reden geben. Das Land wünscht eine solche Adresse nicht. Es wäre auch Alles verloren, wenn wir in diesem Hause die Wahrheit verhüllen wollten, wenn wir durch Phrasen die Wirklichkeit übertünchten. Ich gestehe, daß ich diese Debatte fürchte, weil darunter der großartige Eindruck der Kundgebung des Landes leiden könnte, und ich constatire daher wiederholt im voraus, daß, wie auch der Beschluß ausfallen möge, eine Störung in der Einigkeit der entschieden liberalen Parteien nicht eingetreten ist. (Bravo.) Die Rede Ihres Berichterstatters würde schon, wenn Sie keine Adresse beschlössen, eine Adresse sein, und die goldenen Worte, die Ihr Präsident bei Antritt seines Amtes gesprochen, in welchen er den in das Land geschleuderten Gegensatz von Königthum und Parlament in so würdiger Weise zurückgewiesen, sind in einem besseren Lapidarstyle gehalten, als die uns vorgelegten beiden Adreßentwürfe. (Lebhaftes allseitiges Bravo.) Hat unser verehrter Präsident dafür Angriffe erfahren, nun, so gereichen ihm dieselben zur höchsten Ehre. (Wiederholtes Bravo.)

Die Adresse soll eine Antwort auf die Wahlerlasse enthalten. In dieser Frage steht das Ministerium uns gegenüber, den Vertretern des Volks — in unsere, in die Prärogative der Wähler hat es dadurch eingegriffen, und wir werden Gelegenheit haben, durch Interpellationen und bestimmte Anträge die Frage zum Austrag zu bringen. Was verlangt aber das Land? Daß wir uns aussprechen über die brennenden Fragen der Session. Diese aber sind zunächst der Ausbau der Verfassung. Unsere Meinung darüber, das Streben der liberalen Partei in dieser Beziehung, wird durch die vielfache initiative Thätigkeit des letzten Abgeordnetenhauses bezeichnet. Die Adresse wird nicht Gelegenheit bieten, unsere Meinung darüber erschöpfend und klar auszusprechen. Entschieden die Hauptfrage, die uns beschäftigt, ist die Militärfrage. In dieser aber müssen wir vor allen Dingen ganz offen mit der Sprache herauskommen und nicht um den heißen Brei herumgehen. Wir müssen sie nicht blos von der finanziellen, sondern, und zwar ganz besonders auch von der politischen Seite in Erwägung ziehen, und so lange wir in dieser Beziehung nicht die Absichten der Regierung genau kennen, so lange können wir darüber auch nicht die geringste Aeußerung thun, mag auch die Meinung des Einzelnen bereits feststehen. Die Berührung der auswärtigen Frage hat bereits aus gewichtigen Gründen die Commission abgelehnt. — Die Nothwendigkeit einer Adresse scheint mir demnach nicht dargethan, und werde ich daher zunächst gegen eine solche stimmen. (Bravo.)

Abg. v. Gottberg: Gegen eine Meinungs-Aeußerung des Hauses überhaupt sei er nicht gewesen; für eine Adresse in seinem Sinne würde er gern gestimmt haben. Aber in dem vorgelegten Entwurfe handle es sich um ein Mißtrauensvotum; darauf könne er nicht eingehen. Bis jetzt hätten die Adreßdebatten im Hause kein besonderes Glück gehabt, sie hätten die Leidenschaften aufgeregt, die Parteistandpunkte auf die Spitze gestellt, viel Zeit weggenommen und dem Lande viel Geld gekostet. (Heiterkeit links.) Für das Land hätten sie kein Resultat gehabt. Jetzt würde die Debatte ganz besonders nachtheilig sein, da ja schon die Parteistandpunkte bei den Wahlen im Lande einander auf's Schärfste gegenübergetreten wären. Er habe sich in der Adresse selbst nach den Gründen für die Nothwendigkeit einer Adresse umgesehen, und habe sie zu finden geglaubt in der Lage des Landes, in den Wahlerlassen, in der Absicht, dem Ministerium ein Mißtrauensvotum zu geben. Auch er halte die Lage des Landes für bedenklich, freilich in anderem Sinne als seine Gegner. Seine Adresse würde also anders lauten. (Fast allgemeines Gelächter.) Sie würde den König aufmerksam machen auf den Geist der Revolution, der durch Europa gehe, auf den Geist des Widerstandes gegen die Autorität, auf den Geist der Nichtachtung der Autorität der legitimen Fürsten. (Heftiger Widerspruch links.) Das habe er gesagt, und dabei bleibe er stehen. Unter diesen Umständen würde seine Adresse von der Regierung eine feste und consequente Stellung verlangen. Preußen sei groß geworden durch die Hohenzollern, sei groß durch die Festigkeit in Erhaltung des monarchischen Prinzips. Für eine solche Adresse sei die Majorität allerdings zweifelhaft. (Heiterkeit.) Nun, er habe so gut das Recht, im Namen des Landes zu sprechen, wie jeder andere (Bravo links), und es gebe eine große Partei im Lande, die seine Adresse unterschreiben würde. Seiner Ansicht nach müßten in der Adresse auch die materiellen Interessen, die Handelsverträge und die kurhessische Frage berührt werden; sie würde eine Verständigung, eine Versöhnung versuchen; das sei die Hauptsache, da die Krone und Landesvertretung zusammen das Land darstellen. Weil dies nicht geschehen, sehe er keine Nothwendigkeit für dieselbe ein. Sonst sei die Adresse eine Partei-Adresse, sie schildere nicht die Lage des Landes, sondern einer Partei. (Unruhe links. Präsident bittet, den Redner nicht zu oft zu unterbrechen.)

Die Fortschrittspartei scheine jetzt zu fühlen, daß man im Volke eine fortwährende Opposition gegen die Regierung nicht zusammenreimen könne mit fortwährenden Versicherungen von Liebe und Treue gegen den König, daß man vielleicht besorge, die Männer von 1848 hielten auch jetzt noch an ihren Standpunkten fest — Standpunkten, die darauf hinausgingen, die Rechte des Volkes auf Kosten der Rechte der Krone zu erhöhen. (Ob — links). Er werde das noch öfter sagen. Man besorge also, daß das Land darüber bedenklich werden könne. Deshalb gebe man die jetzigen Versicherungen. — Auch an der Form derselben habe er einiges auszusetzen; die Adresse enthalte nicht nur gewöhnliche Versicherungen, sondern sie stelle eine kategorische Behauptung auf, sie sage, es könne kein Zweifel sein an ihren Behauptungen. Nun, der König werde einen Unterschied machen zwischen dem ganzen Lande und einer Partei. Die Adresse beurtheile die jetzigen Minister nach ihren früheren Aeußerungen, oder nach supponirten Ansichten, nicht nach dem, was sie thäten. Man müsse also auch andererseits das Recht haben, zu glauben, daß auch die Führer der Fortschrittspartei konsequent festhielten an ihren früheren Prinzipien, daß sie nicht abgegangen seien von ihren Ansichten. Glücklicherweise regiere bei uns der König noch selbständig, und die Minister hätten volle Freiheit zum Handeln. Man habe den Sinn der Wahlerlasse dahin ausgelegt: ob königlich oder antiköniglich, während sie doch nur darüber sprachen, ob königliche oder parlamentarische Regierung. Er habe in den Wahlerlassen nicht gefunden, was die andere Partei darin gefunden. Man solle doch nachweisen, ob in denselben ein Gegensatz zwischen Königthum und Parlament enthalten sei? Diese Frage sei auch in der Commission aufgeworfen und nicht beantwortet worden. Das Streben aber nach parlamentarischer Regierung habe das Ministerium allerdings der Fortschrittspartei vorgeworfen, und zwar mit Recht. Präsident bittet den Redner, sich an die Sache zu halten (ob eine Adresse überhaupt zu erlassen sei?) Es habe große Schwierigkeiten, die Frage, ob eine Adresse zu erlassen sei, von dem Gegenstand der Frage selbst zu trennen. Und gerade aus den Wahlerlassen habe man ja die Nothwendigkeit einer Adresse deducirt. (Die Unruhe, gemischt mit Heiterkeit, steigt. Der Präsident scheint den Redner nochmals auf den Gegenstand der Diskussion aufmerksam zu machen; dann sei es wohl besser, wenn er seinen Vortrag abbreche. (Der Redner verläßt die Tribüne. Bravo links und Heiterkeit).

Abg. Löwe (Herford): Die gegenwärtige Situation gebietet es mehr als jemals, die Ansicht des Volkes durch eine Adresse auszusprechen. Ich betrete diese Tribüne zum erstenmal, um einem ausdrücklichen dahingehenden Auftrage meiner Wähler nachzukommen. Mein Wahlbezirk ist vorzugsweise von einem selbstständigen Bauernstande bewohnt; wir tragen das stolze Bewußtsein in uns, daß wir es trotz vielfacher Bedrückung niemals an treuer Hingebung zum Vaterlande haben fehlen lassen. Aus unserem Schooße ist noch niemals ein Verrath an König und Vaterland hervorgegangen. (Bravo.) Uns steht es deshalb wohl zu, ein offenes Wort an den König zu richten, jetzt wo der innere Feind des Landes sich regt, derselbe Feind, der im Jahre 1806 unser theures Vaterland in unabsehbares Unglück gebracht hat. (Bravo.) Wir sehen die Verfassung nicht als ein Produkt doctrinärer Begriffe an, wir meinen, daß es in der Natur der Sache liegt, daß ein Volk seine Angelegenheiten von einem bestimmten Gesichtspunkte aus leiten muß. Wir kennen nicht die Absicht einer Schwächung der königlichen Gewalt an; es muß eine Harmonie zwischen König und Volk herbeigeführt werden; denn ein solcher Bund hebt die Macht des Königs, und dies ist ein glücklicher Bund. Es ist daher ein falsches Gerede, welches wir von reactionärer Seite hören müssen, daß durch die Landesvertretung eine Vielregierung entsteht. Die Vertreter des Volkes sollen offen bekunden, ob überall im Lande ehrlich und nach gleichem Rechte gehandelt werde; wo aber die Behörden nicht nach der Richtschnur des Gesetzes handeln, da entsteht Vielregierung. (Beifall.) So haben wir vor 13 Jahren die Verheißung der Verfassung aufgefaßt; aber es war uns eine Zeit der Mißregierung beschieden. Mit freudig bewegtem Herzen vernahm nachher jeder Vaterlandsfreund die königlichen Worte, welche die Bewahrheitung der Verfassung verheißen. Man hoffte damals, das widerstrebende Element müsse machtlos aufhören, wenn Regierung und Landesvertretung ernst zusammen gingen. Es hat sich aber bald gezeigt, daß das Herrenhaus, welches kein Volk, sondern nur Sonderinteressen vertritt, jenen Wunsch des Königs und des Landes illusorisch gemacht hat (der Präsident unterbricht den Redner, der nicht bei der Sache sei). Der Redner fährt fort: Keine Hoffnung sei erfüllt, nur eine Steuerlast mehr, und der Militärdienst sei erschwert worden. Solche Dinge erzeugen kein Vertrauen zwischen Regierung und Volk, und es fühle sich jeder ehrliche Mann berufen, dazu mitzuwirken, dem Könige zu sagen, was das Land bedürfe. In diesem Sinne wählte im vorigen Jahre das Volk seine Abgeordneten; das Haus wurde, nachdem es eine Menge Gesetze vorbereitet, aufgelöst, und man begann nun damit, ein Urtheil über dasselbe zu fällen, dem gegenüber das Volk sein Urtheil gefällt hat. Das Volk hat sich gefragt, ob es ein Verbrechen sei, wenn ein Abgeordneter mit Recht innere Reformen auf Grund verfassungsmäßiger Verheißungen zur Geltung bringe, und es hat sich auch gefragt, warum man den Widerstand des Herrenhauses nicht beseitigt hat; es muß das Verfahren des Herrenhauses schmerzlich empfunden werden. (Der Präsident unterbricht den Redner wiederholt, die Unruhe im Hause wird größer, so daß der Redner nicht mehr zu verstehen ist. Nachdem der Präsident ihn nochmals auf den Gegenstand der Verhandlung hingewiesen, verläßt der Redner die Tribüne, ohne seinen Vortrag zu beenden.)

Abg. Dr. Liebelt: Gegen die Adresse, da er und seine Parteigenossen dem deutschen Stamme nicht angehören, da sie, als Vertreter der jüngsten preußischen Provinzen sich nicht eins fühlen könnten mit den nationalen Erinnerungen und Interessen, welche erhebend im Volke wirken. Ihr nächster Beruf sei nur an die Verträge immer und immer wieder zu mahnen, welche die Rechte des Großherzogthums verbürgen, und darauf allein sei jede Abstimmung seiner Partei gerichtet.

Ein Schlußantrag wird abgelehnt. — Abg. Schulze (Delitzsch) verzichtet auf das Wort.

Abg. v. Hennig (Straßburg) für die Adresse: Das Haus habe, wenn es eine Adresse beschließe, dabei nicht dem Beispiele außerdeutscher Staaten zu folgen, weder die Paraphrasirung der Thronrede, wie sie in Frankreich Sitte, noch die Höflichkeitsform, als die man in England die Adresse betrachte, seien für uns maßgebend. Das sei auch schon früher in diesem Hause anerkannt worden, man habe sich dahin geeinigt, daß nur bei außerordentlichen Anlässen das Haus zum Erlaß einer Adresse zu schreiten habe. Ein solcher Erlaß liege jetzt vor in den Wahlerlassen und in der daraus fließenden Furcht, das Ministerium möge gleich irrige Ansichten über das Haus, wie es in diesen Erlassen vor dem Lande ausgesprochen, auch Sr. Maj. dem König unterbreiten. Der Redner geht hierauf zu Bemerkungen über die Rede des Abeordneten v. Gottberg über. Die Fortschrittspartei, sagt er, habe keine Führer, man dürfe also auch auch der Vergangenheit der Einzelnen keine Verpflichtung der gesammten Partei herleiten. Er seinerseits wolle die Minister nur nach ihren Thaten beurtheilen, und solche seien die Wahlerlasse. Neu wäre ein solches Vorgehen allerdings nicht, nur daß die jetzigen Minister nicht, wie einst Herr von Westphalen, auf dem Sinne jener Aktenstücke beständen, sondern ihn jetzt nach Möglichkeit in Abrede stellten. (Zur Sache! zur Sache! von der Rechten. Der Präs. macht dem Redner eine darauf bezügliche Vorhaltung.) Der Redner schließt mit wiederholter Empfehlung der Adresse. Se. Majestät der König habe gewünscht, den Rath der Landesvertretung zu hören, es sei ihre Pflicht, in voller Aufrichtigkeit denselben zu geben!

Wiederholte Schlußanträge werden abgelehnt.

Abg. Osterrath ist gegen Erlaß einer Adresse, weil derselbe im vorliegenden Falle und da der Landtag durch Se. Majestät den König nicht persönlich eröffnet sei, dem bestehenden Brauch widerspreche, weil in der beginnenden Session keine Zeit zu nicht ganz unumgänglich nothwendigen Verhandlungen sei und weil endlich die von der Commission vorgeschlagene Adresse mit sich selbst in Widerspruch gerathe, indem sie neben Loyalitätsversicherungen und Anerkenntniß der Prärogative der Krone über diese Prärogative in einer Weise spreche, die eben so wenig zu billigen sei, wie die Art, in der man sich über das Herrenhaus ausgelassen.

Auch Abg. Pflücker spricht gegen eine Adresse, weil dieselbe nicht, wie anfänglich gehofft wurde, der Ausdruck der gesammten liberalen Partei des Hauses sei; im Einzelnen bleibt der Redner auf der Journalistentribüne unverständlich. — Mit sehr großer Majorität wird hierauf die Frage, ob eine Adresse zu erlassen sei, bejaht.

Der Präsident theilt hierauf mit, daß zu dem Commissions-Antrag verschiedene Amendements eingebracht seien, nämlich außer der bereits mitgetheilten v. Vincke's und v. Sybel's, eines von dem Abg. Reichensperger und Gen., in Alinea 2 einen Passus einzuschalten, welcher das Verlangen des preußischen Volkes nach einem über den Parteien stehenden Königthum aus eigenem Recht und nach allmählicher Ausbildung der Verfassung ausspricht, und endlich ein Amendement des Abg. Bresgen u. Gen., im Alinea 6 des Verlangens nach einer Gemeinde- und Kreisordnung, sowie nach Ermäßigung der bestehenden Steuerlast Erwähnung thut. Sämmtliche Amendements werden ausreichend unterstützt.

Vor dem Eintritt in die Specialdiscussion erhebt sich der Finanzminister v. d. Heydt, um folgende Erklärung zu verlesen:

„Das Staatsministerium hat sich bei der Diskussion über die Vorfrage, ob eine Adresse zu beschließen sei oder nicht, einer Betheiligung enthalten zu sollen geglaubt. Es kann dem Staatsministerium nur willkommen sein, wenn das hohe Haus sich gedrungen fühlt, in einer Adresse an des Königs Majestät den Gefühlen der Ehrfurcht und der Treue Ausdruck zu geben. Ob der von der Kommission vorgeschlagene Entwurf, oder ob die heute im Wege der Amendements eingebrachten Entwürfe diesem Zweck entsprechen, wird das hohe Haus zu erwägen haben. Der Kommissions-Entwurf gedenkt weder des allerhöchsten Erlasses vom 19. März d. J. noch der bei der Eröffnung der Session im allerhöchsten Auftrage verlesenen Thronrede. Er findet kein Wort für die huldvollen Kundgebungen Sr. Majestät des Königs. Bei der Darlegung der Lage des Landes giebt er weder für die unverkennbaren Erfolge unserer auswärtigen Politik, noch für das durch die offenkundigsten Thatsachen bestätigte Wachsen der öffentlichen Wohlfahrt ein Interesse zu erkennen. Ob ein solches Schweigen mit dem Zwecke der Adresse übereinstimme, kann das Staatsministerinm nur der unbefangenen Erwägung des hohen Hauses anheimgeben.

Das Staatsministerium muß sich beim Beginn der Debatte vorzugsweise

gegen die Annahme verwahren, daß seinerseits irgendwo die in dem Kommissions-Entwurf bekämpfte Unterstellung gemacht sei, als ob ein großer Theil der Volksvertretung und der preußischen Wähler sich feindlicher Eingriffe in die Rechte der Krone schuldig und anarchischer Umsturzgelüste verdächtig gemacht habe. Aus keinem Akte der Staatsregierung ist eine solche Beschuldigung zu entnehmen. Allerdings hat das Staatsministerium es als seine unerläßliche Pflicht erkannt, die Rechte der Krone mit Entschiedenheit zu wahren und nicht zuzugeben, daß der Kraft des königlichen Regiments, auf welcher Preußens Größe und Wohlfahrt wie Preußens Zukunft beruht, zu Gunsten einer sogenannten parlamentarischen Regierung Abbruch geschehe. Das Staatsministerium hat sich in diesem Punkte in offenen Gegensatz gestellt gegen jede Partei, deren Bestrebungen auf die Verlegung des Schwerpunktes der Staatsgewalt in die Volksvertretung gerichtet sind. Auch hierin befindet sich das Ministerium seiner gewissenhaften Ueberzeugung nach im vollen Einklange mit der Verfassung. Es hat sich der Erkenntniß nicht verschließen dürfen, daß die Erweiterung des Einflusses und der Macht eines Faktors der Gesetzgebung nicht erstrebt, der Schwerpunkt des Regiments nicht verschoben werden kann, ohne zugleich jede segensreiche Wirkung der Verfassung in Frage zu stellen. Nach der Ueberzeugung des Staatsministeriums legt die Verfassung jedem Faktor der Gesetzgebung die Verpflichtung auf, nicht durch den rücksichtslosen Gebrauch seiner besonderen Rechte die Grundbedingungen des preußischen Staatslebens zu gefährden. An diese Wahrheit hat das Staatsministerium erinnert, indem es der Entwicklung eines parlamentarischen Regiments die ungeschwächte Erhaltung des königl. Regiments gegenübergestellt hat. Gegen die Mißdeutung, daß hiermit ein nicht verfassungsmäßiger Gegensatz zwischen „Königthum und Parlament“ aufgestellt worden sei, muß sich das Staats-Ministerium entschieden verwahren. In dem verfassungsmäßigen Preußen giebt es kein Königthum ohne Landesvertretung, aber auch keine Landesvertretung ohne Königthum.

Das Staatsministerium hat im Bewußtsein voller Loyalität und Verfassungstreue gehandelt, als es nach der berechtigten Entschließung des erhabenen Trägers der Krone die Leitung der Geschäfte in einem Zeitpunkte übernahm, wo unverkennbar eine nicht gewöhnliche Erregung der Gemüther herrschte, wo namentlich im Drange nach raschen Erfolgen die politischen Parteien theils in der Zersetzung, theils in der Umbildung, theils in der kaum begonnenen Entfaltung begriffen waren. Angesichts dieser Zustände mußte das Ministerium seinen ersten Beruf in der Hingebung an die großen, von der jeweiligen Parteigestaltung unabhängigen, unwandelbaren Aufgaben jeder preußischen Regierung erblicken. Es konnte nicht gewillt sein, die Lösung dieser Aufgaben von dem ferneren Verlaufe der Entwickelung der politischen Parteien abhängig zu machen, und mußte deshalb nur um so mehr die Nothwendigkeit erkennen, die Einheit und energische Zusammenfassung des ganzen Verwaltungs-Organismus, für dessen kräftige und heilbringende Action das Ministerium die Verantwortlichkeit trägt, gegen ein unzuträgliches Eingehen auf regierungsfeindliche Wahlagitationen sicher zu stellen.

Die Staatsregierung weist mit aller Entschiedenheit den Vorwurf zurück, den erhabenen Namen Sr. Majestät des Königs auf ungehörige Weise in den Streit der Parteien gezogen zu haben. Sie hat nur die Pflicht erfüllt, dem Lande die Entschließungen Sr. Majestät kund zu thun und einer das zuläßige Maß überschreitenden Verwickelung der besonderen Organe der königlichen Exekutive in die Agitationen der Parteien vorbeugen wollen. Die freie Ausübung des Wahlrechts ist den Beamten nicht verkümmert worden.

Das Staatsministerium ist sich der Verpflichtung bewußt, dem Lande den Segen einer gerechten, thatkräftigen und wohlwollenden Verwaltung, frei von jeder tendenziösen Hemmung der freien Entwickelung geistiger und materieller Interessen, zu erhalten. Es wird daher, den allerhöchsten Intentionen gemäß, in freisinniger, aber besonnener Weise die weitere Durchführung der Verfassung zu fördern, und die Schwierigkeiten, welche auf diesem Wege liegen, mit Ruhe und Festigkeit zu überwinden haben. Es wird die verfassungsmäßigen Rechte der Krone pflichtgemäß wahren, die Rechte beider Faktoren der Landesvertretung mit Loyalität und Gewissenhaftigkeit achten und jede eintretende Differenz im Geiste gemeinsamer Hingebung für Thron und Vaterland zu schlichten sich angelegen sein lassen, in der unerläßlichen Voraussetzung, auch bei der Landesvertretung gleicher Gesinnung zu begegnen.

Das war der Standpunkt der gegenwärtigen Regierung, als sie die Leitung der Geschäfte übernahm. In diesem Geiste ist der Landtag berufen und eröffnet worden. In diesem Geiste wird die Staatsregierung ihre Aufgabe ferner zu lösen trachten, unbeirrt durch die einseitigen Bestrebungen der Parteien, wie durch die falsche Auffassung ihres Standpunktes und ihrer Handlungen.

Redlich bemüht, diese zu berichtigen und jene zu bekämpfen, hält das Staats-Ministerium an der Hoffnung fest, zum Heil des Vaterlandes das Vertrauen zu rechtfertigen, durch welches dasselbe in entscheidender Stunde berufen worden ist.“

Die Verlesung wird wiederholt von Ausbrüchen der Verwunderung, z. B. bei der Versicherung, daß den Beamten die Wahlfreiheit nicht verkümmert worden sei, unterbrochen; am Schlusse folgt von wenigen Mitgliedern der conservativen Partei ein Bravo.

Zunächst erhält das Wort der Berichterstatter

Abg. Twesten: Er setzt die Gründe auseinander, aus denen die Commission sich überhaupt für eine Adresse und zwar nicht für den Sybelschen Entwurf, sondern für Aufstellung eines neuen entschlossen hat. Die Adresse habe nicht den gewöhnlichen Zweck einer Antwortsadresse auf eine Thronrede haben sollen und deshalb seien die Sätze des Sybelschen Entwurfs ausgeschieden, welche sich an die Eröffnungsrede anlehnten. So ungemein wichtig die in derselben berührten Gegenstände sind, so hätten diese doch in der Adresse nicht erschöpfend behandelt werden können, und andererseits mußte die Adresse auf die Besprechung der inneren Lage des Landes concentrirt werden. Zwei Punkte habe die Commission ausführlich behandeln zu müssen geglaubt. Der erste sei der Hagen'sche Antrag, der betr. Satz wolle das Recht der Landesvertretung auf die beliebige Einrichtung der Etats verwahren. Er mache dem früheren Finanzminister einen schweren Vorwurf daraus, dieses Recht bekämpft zu haben, und einen eben so schweren, daß er dabei sich den Ansichten der Herren v. Bismarck-Schönhausen und Kleist-Retzow angeschlossen, daß das Budget weiter gelte, wenn keine Einigung zwischen der Regierung und der Landesvertretung gelungen sei, was eigentlich die Einiguug überhaupt unnöthig machen werde. Herr v. Patow habe dieser Ansicht sogar eine faktische Grundlage durch seine Einwilligung in die Auflösung ohne vorherige Extrahirung einer auch nur provisorischen Bewilligung des Budgets gegeben. Eine Anerkennung der sonst freudig begrüßten größeren Spezialisirung und der zeitigen Vorlegung des Budgets für das Jahr 1863 bei dieser Gelegenheit auszusprechen, ist nicht für angemessen gehalten worden. — Der Redner geht sodann auf die kurhessische Frage über, deren Nichterwähnung er rechtfertigt. Nicht blos, weil die Frage eine schwebende, sondern weil ihre Erwähnung nutzlos sei, sei dies beschlossen worden. Man müsse allerdings anerkennen, daß diese Frage durch das energische Einschreiten Preußens wieder in Gang, und der hohe Bundestag zu einer nicht gewöhnlichen Eile veranlaßt worden sei. Eine Anerkennung aber auszusprechen sei schon deßhalb nicht thunlich, weil weder in formeller noch in materieller Hinsicht die Stellung der Regierung klar sei. Auf der einen Seite gehe sie mit Oesterreich zusammen, und mit dem Bundestage, auf der andern erstrebe sie eine selbstständige Action. Zwischen diesen beiden Beziehungen bestehe aber eine unlösbarer Widerspruch. Coch entscheidender sei aber die materielle Lage der Sache.

Die Erklärung des Regier.-Commiss. drehe sich im Cirkel, wenn sie die die Forderung des Wahlgesetzes von 1849 abhängig mache von der Zustimmung des hessischen Volkes, da diese eben nur hervorgehe aus einer auf Grundlage des Wahlgesetzes von 1849 gewählten Kammer. Ferner verlange die Regierung die vorherige Ausscheidung anerkannt bundeswidriger Bestimmungen, obgleich sie andrerseits an der Erklärung von 1859 festhalten zu wollen erklärt, daß der Bundestag nicht berechtigt sei, die Verfassung oder einzelne Bestimmungen derselben zu kassiren. Der richtige Standpunkt ist der, daß nur auf verfassungsmäßigem Wege darüber entschieden werden könne, was auszuscheiden sei oder nicht, ohne Mitwirkung des Bundestages. Auf diese Weise würde keine deutsche Verf. sicher sein. Wichtiger aber noch als der Rechtspunkt sei die politische Bedeutung der Frage. Er selbst habe es früher für nicht unbedenklich gehalten, auf der Forderung des Wahlgesetzes von 1849 zu bestehen, ohne die Gesinnung des hess. Volkes in dieser Beziehung genau zu kennen. Seit dieser Zeit sei ihm aber von hervorragenden Theilnehmern der dortigen Verfassungskämpfe versichert worden, daß das hess. Volk an dem Wahlgesetze von 1849 als der einzigen Grundlage einer rechtlichen Position unerschütterlich festhalte. Wenn also die preuß. Regierung nicht vorher einschritte, dann würden die Kurhessen zwar auf Grund des Wahlgesetzes von 1831 wählen, aber nur um eine neue Competenzerklärung herbeizuführen. Die Frage würde dann immer eine schwebende sein und eine neue Niederlage der preußischen Politik bekunden: ein Anlauf ohne Erfolg. Eine Wiederholung der früheren Wünsche sei mit Rücksicht auf das vorhandene Mißtrauen in den Erfolg um so weniger für nöthig erachtet worden, weil man voraussetzen könne, daß dieses Haus, das in seiner Majorität wiedergekehrt sei, dieselben Wünsche noch hegte für das hess. Volk, die es im Februar ausgesprochen. Es sei überhaupt ein Ausspruch bei dieser auswärtigen Angelegenheit sehr mißlich, da man nicht wissen könne, was die Regierung in den nächsten 8 Tagen thun werde. Im Namen seiner politischen Freunde könne er übrigens erklären, daß sie keine Gelegenheit verabsäumen würden, für das Recht des hess. Volkes, sei es durch Interpellationen, sei es durch bestimmte politische Anträge, einzutreten, wenn irgend ein Nutzen davon zu hoffen sein würde. Noch unthunlicher aber sei es gewesen, der deutschen Politik zu erwähnen. Nur in der freiheitlichen Entwickelung liege auch die einheitliche Entwickelung Deutschlands. (Bravo!)

Bei der gegenwärtigen inneren Politik Preußens, die nur partikularistischen Feinden der preußischen Hegemonie Freude bereite, könne ein Erfolg von einer solchen Erwähnung nicht erwartet werden. Es genüge nicht blos die gewöhnliche Geschäftsroutine zum Staatsmann; etwas Großes werde nicht mit bloßen Phrasen gewonnen. Um ein wirklicher Staatsmann zu sein und Erfolge davon zu tragen, müsse man etwas Demagogisches an sich haben, wie der Minister Stein, wie noch in jüngster Zeit Cavour (Gelächter bei den Katholiken), müsse man auf großartigen Ideen bei den Völkern einzugehen wissen. Unter den gegenwärtigen Umständen aber sei es am besten, von moralischen Eroberungen Preußens in Deutschland zu schweigen. (Bravo!) Der Redner beleuchtet nunmehr die einzelnen Sätze des Commissions-Entwurfs. Der erste Passus nach dem Eingange solle keine bloße Loyalitätsversicherung sein, sondern gegen die Vorstellung wahren, als ob nur in der Reaction die wahre Königstreue zu suchen sei. Der Redner geht darauf auf den Passus hinsichtlich der Wahlerlasse ein und liest längere fortwährend durch Zurufe unterbrochene Stellen aus den bekannten Wahlerlassen des Ministers, der Regierung zu Königsberg und den Artikeln der Sternzeitung vor, um der Rede des Finanzministers gegenüber nachzuweisen, daß in der That von der Staatsregierung eine ungehörige Beeinflussung auf die Wahl, ein verfassungswidriger Druck auf die Beamten geübt und der Name des Königs ungehörig in die Wahlbewegung hineingezogen worden sei. Er constatirte ferner den von der Staatsregierung proclamirten Gegensatz zwischen Königthum und Parlament und daß nach den Ansichten des Ministeriums die Majorität dieses Hauses eine nicht königstreue sei.

Das öffiziöse Organ habe zwar gesagt, man solle die Minister nicht nach vorgefaßten Meinungen, sondern nach ihren Maßregeln beurtheilen. Nun, die Wahlerlasse seien eine vorgefaßte Meinung, sie seien eine Maßregel und zwar eine der wichtigsten Art. Eine solche Kriegserklärung, wie diese gegen die Majorität des Hauses enthielten, bezeichnete die Stellung des Ministeriums nicht blos, sondern stellten sie fest für alle Zeit. — Den den Ausbau der Verfassung betreffenden Passus habe die Kommission für nöthig gehalten, um den Weg anzudeuten, wo das Heil des Volkes liege, eine Richtschnur für das zu geben, was das Land von einer Regierung erwarte, der es Vertrauen schenken wolle. — Endlich bemerkt der Referent noch, daß die konservative Politik, von der in dem letzten Satze die Rede sei, nicht in dem Sinne genommen werden dürfe, als ob damit eine Lähmung jeder verfassungsmäßigen Entwickelung, ein Bekämpfen jeder zeitgemäßen Verbesserung gemeint sei. Vielmehr soll dadurch der Wunsch nach einem endlichen Abschluß der Verfassungskämpfe ausgedrückt werden, das Verlangen nach einer dauernden Begründung des verfassungsmäßigen Lebens im Staate. — Macht und Größe der Völker, schließt der Referent, sind nicht mehr auf demselben Wege wie früher. Eine ideale, aber darum nicht minder mächtige Strömung bewegt sie. Nicht phantastische Hirngespinnste verfolgen die liberalen Parteien, sondern fest begrenzte Ziele, die andere Völker bereits erreicht haben und wir, wie ich mit Gewißheit hoffe, auch erreichen werden. Durch Alles dieses aber rechtfertigt sich kurz die Form der Adresse, die nicht dem gewöhnlichen konstitutionellen Brauche folgt, aber durch den Zweck, den sie verfolgt, geboten ist. Ich halte es für dringend geboten, daß die liberalen Parteien mit Einmüthigkeit der Adresse zustimmen und eine so große Majorität ihr zu Theil werde, wie sie der großen Majorität der Wähler entspricht, die uns hergesendet. (Lebh. Bravo.)

(Fortsetzung folgt.)

** **Breslau**, 5. Juni, Morgens 7 Uhr. [Zum Wollmarkte.] Der gestrige Tag, welcher polizeilich den Markt eröffnete, stellte kein sonderlich günstiges Prognostikon für den Ausgang desselben. Besonders flau ging es am Vormittage, wogegen sich am Nachmittage einiges Leben zu regen begann. Wie fast alle Jahre, so standen sich auch diesmal beide Parteien feindlich gegenüber, bis sie sich stillschweigend einander näherten und ein Cartell schlossen. Die Käufer scheinen sich einen festen Satz gemacht zu haben, über den sie nicht hinaus gehen wollen, der aber den Verkäufern doch zu niedrig dünkt. Dieser Satz bewegt sich zwischen 8—10 Thlr. unter dem vorjährigen Preise. Zwar sind, wie ich genau weiß, gestern Nachmittag Abschlüsse mit nur 2 Thlr. unter demselben gemacht worden, das sind aber nur Ausnahmen und betreffen Schuren, die mit ganz besonderer Sorgfalt behandelt waren. Soviel ich gehört, ist noch keine Post über 100 Thlr. bezahlt worden, vielmehr bewegt sich der Preis für feine Wollen zwischen 80 und 90 Thlr., für hochfeine zwischen 90 und 100 Thlr. Mittelsorten, die den meisten Zuspruch erfahren, bringen nicht über 70 Thlr. ein.

Den höchsten Preis, der diesmal überhaupt gezahlt werden wird, hat wohl Graf Stosch auf Manze, denn er hat die Höhe von 120 Thlr., wie ich bestimmt weiß und wofür ich einstehen kann. Es beruht derselbe jedoch auf einem früheren Abschlusse.

Heute scheint sich der Verkehr mehr entfalten zu wollen, denn es ziehen einige Käufer schon jetzt ins Feld. Die Verkäufer fangen auch an sich in die Umstände zu fügen, und es wird sicher eintreffen, was ich schon in meinen früheren Berichten gesagt habe, d. h. der Markt wird bis heute Abend meistentheils beendigt sein. Eine Erscheinung auf dem diesjährigen Markte muß ich noch anführen und das ist die: Wenn man die Albrechtsstraße herauf auf den Ring kommt, so ahnt man kaum etwas vom Wollmarkte, weil nämlich die sonst an der Riemerzeile aufgerichtete Zeltreihe fehlt. Der Markt concentrirt sich auf der Westseite des Ringes und auf dem Blücherplatze, als seinem eigentlichen Centralpunkte. Die Uebersicht wird dadurch freilich erleichtert; dafür ist aber auch das Zusammendrängen lästig, weil es viel Stöße und Püffe abgiebt. Am bequemsten und gemüthlichsten ist es noch in den Zelten. E.

Breslau, 5. Juni. [Wollmarkt.] Das Geschäft am Wollmarkt nahm heut Vormittag seinen ruhig fortschreitenden und sogar eher günstigeren Verlauf, da gestern Abend noch einzelne bisher zurückgebliebene Käufer eingetroffen sind, es ist somit bereits mehr als die Hälfte der Zufuhr in andere Hand übergegangen und dürfte das Groß derselben bis gegen Abend geräumt sein, so daß morgen nur diejenigen Verkäufer den Markt halten würden, welche beharrlich die Preise festhalten. Ob sich die vielseitig gehegte Hoffnung einer schließlichen Preisbesserung Bahn brechen wird, bleibt mehr als fraglich, da sich im Allgemeinen das Bewußtsein der gegenwärtigen Preisreduction bereits zu geltend gemacht hat. Die aus dem Großherzogthum zugeführten Partien sind größtentheils wegen ihrer soliden Preise bei mittlerer Qualität geräumt, für polnische Wolle zeigt sich jedoch die Kauflust zurückhaltender.

Breslauer Sternwarte.

4. Juni 10 U. Abds.	27 10,38	+13,0	W. 1.	Heiter.
5. Juni 6 U. Morg.	27 10,38	+11,4	O. 0.	Heiter.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 4. Juni, Nachm. 3 Uhr. Die 3proz. eröffnete bei großer Geschäftsstille zu 70, 55, fiel dann auf 70, 40 und schloß träge zur Notiz. Consols von Mittags 12 Uhr waren 92¼ eingetroffen. Schluß-Course: 3proz. Rente 70, 45. 4½proz. Rente 97, —. 3prz. Spanier 49¾. 1proz. Spanier —. Silber-Anleihe —. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 517. Credit-mobilier-Aktien 830. Lomb. Eisenbahn-Aktien 613. Oesterr. Credit-Aktien —.

London, 4. Juni, Nachm. 3 Uhr. Consols 92⅛. 1prz. Spanier 44. Merikaner 31⅝. Sardinier 81½. 5proz. Russen 96. 4½proz. Russen 91.

Triest, 4. Juni, Nachm. Der fällige Lloyddampfer ist mit der Ueberlandspost aus Alexandrien eingetroffen.

Wien, 4. Juni, Mitt. 12 Uhr 30 M. An der Börse glaubte man, daß i. Unterhause die Frage wegen der Steuererhöhung wahrscheinlich vertagt werden würde. 5prz. Met. 71, 15. 4½prz. Met. —, —. Bankaktien 852. Nordbahn 212, 50. 1854er Loose 95, —. National-Anleihe 84, —. Staats-Eisenb.-Aktien-Cert. 264, — Creditaktien 219, 50. London 129, 50. Hamburg 96, 75. Paris 51, 25. Gold —, —. Silber —, —. Elisabetbahn —, —. Lomb. Eisenbahn 286, —. Neue Loose 132, 80. 1860er Loose 94, 20.

Frankfurt a. M., 4. Juni, Nachm. 2 Uhr 30 M. Oesterr. Effekten steigend bei nicht sehr belebtem Geschäft. Vollbezahlte neue Russen 91⅝. Schluß-Course: Ludwigshafen-Bexbach 136. Wiener Wechsel 91. Darmstädter Bank-Aktien 222. Darmst. Zettelbank 248. 5proz. Metall. 53⅝. 4½proz. Metall. 48½. 1854er Loose 72. Oesterr. National-Anleihe 64. Oesterr.-Franz. Staats-Eisenb.-Aktien 235. Oesterr. Bank-Antheile 765. Oesterr. Credit-Aktien 198½. Neueste österr. Anleihe 73. Oesterr. Elisabet-Bahn 121½. Rhein-Nahe-Bahn 33¼. Mainz-Ludwigshafen Litt. A. 126⅛.

Hamburg, 4. Juni, Nachm. 2 Uhr 30 M. Belangreiche Umsätze, Schluß matt. Schluß-Course: National-Anleihe 64½. Oest. Credit-Aktien 84¼. Vereinsbank 101⅝. Norddeutsche Bank 95⅛. Rheinische 93¼. Nordbahn 62¼. Disconto 4—4¾. Wien —, —. Petersburg —.

Hamburg, 4. Juni. [Getreidemarkt.] Weizen loco unverändert, ab auswärts flau. Roggen loco flau, ab Königsberg pr. Juni 77 bezahlt und zu haben. Oel loco 27⅞, pr. Okt. 26⅞. Kaffee, gute Stimmung. 1500 Sack umgesetzt. Zink stille.

Liverpool, 4. Juni. [Baumwolle.] 10,000 Ballen Umsatz. | Preise steigend.

London, 4. Juni. Getreidemarkt (Schlußbericht). Getreidemarkt, wegen des heute stattfindenden Derbyrennens, geschäftslos. Schönes Wetter.

Amsterdam, 4. Juni. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen 5 Fl. niedriger. Roggen, loco ungedörrter 3 Fl., Termine 4 Fl. höher. Raps November 75½. Rüböl Herbst 43⅜.

Berlin, 4. Juni. Das Geschäft war heute zwar in einigen Effekten noch recht belebt, die Haltung in den eigentlichen Spekulationspapieren aber durchschnittlich matter. Wenngleich mehrere unter diesen, besonders die leichten, so namentlich Genfer Credit und Mastrichter Eisenbahnaktien, noch recht lebhaft gehandelt wurden, so war doch die Hausse einer weitern Entwicklung für heute allgemein nicht fähig. Die Course schlossen im günstigsten Falle so wie gestern. Dagegen ließ sich bei den schwereren Effekten, namentlich auch unter Eisenbahnaktien, eine festere Tendenz erkennen, nur die schlesischen Devisen waren hier nachgebender, bei mehreren anderen zeigte sich eher Neigung zum Steigen. Auch die österreichischen Papiere hatten einen besseren Ton auf Grund günstiger wiener Coursnotizrn. Es wurde für Credit 119, 60 angegeben, für 60er Anleihe 94, 75, London 129, 30 und später noch niedriger. Der Geldmarkt ist fest, war aber heute nicht sehr thätig, zu dem höchsten Discontosatze (3½ pCt.) werden erste Disconten nicht leicht gegeben, mit 3¼ pCt. ist andererseits Geld noch immer nicht recht flüssig. (B. u. H.-Z.)

Berliner Börse vom 4. Juni 1862.

Fonds- und Geldcourse.

Freiw. Staats-Anleihe	4½	101¾ G.
Staats-Anl. v. 1850, 52	4½	100 B.
dito 54, 55, 56, 57	4½	101½ bz.
dito 1853	4	99⅞ bz
dito 1859	5	107½ bz.
Staats-Schuld-Sch.	3½	90 bz.
Präm.-Anl. von 1855	3½	121¾ bz.
Berliner Stadt-Obl.	4½	102¼ G.
Pfandbriefe Kur- u. Neumärk.	3½	92¾ bz
dito dito	4	101 G
Pommersche	3½	91⅜ bz.
dito neue	4	10 ⅜ B
Posensche	4	104½ G.
dito	3½	88¼ G.
dito neue	4	98¾ bz.
Schlesische	3½	93½ G.
Rentenbriefe Kur- u. Neumärk.	4	99⅝ bz.
Pommersche	4	99⅜ bz.
Posensche	4	98⅝ bz.
Preussische	4	98¾ bz.
Westf. u. Rhein.	4	98½ bz.
Sächsische	4	99½ bz.
Schlesische	4	100⅛ G.
Louisdor	—	109⅜ bz.
Goldkronen	—	9. 6¼ G.

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metall.	5	56¼ bz.u.B.
dito 54er Pr.-Anl.	4	74½ B.
dito neue 100-fl.-L.	—	69¼ B.
dito Nat.-Anleihe	5	66 à 65¾ bz.u G.
dito Bankn.n.Whr.	—	79 bz.
Russ.-engl. Anleihe	5	95¾ bz.
dito 5. Anleihe	5	86¾ G.
dito poln. Sch.-Obl.	4	82⅝ G.
Poln. Pfandbriefe	4	— — —
dito III. Em.	4	87¼ bz u B.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	93½ B.
dito à 300 Fl.	5	94¾ G.
dito à 200 Fl.	—	23½ G.
Poln. Banknoten	—	87¼ bz.
Kurhess. 40 Thlr.	—	57¼ etw. bz.
Baden 35 Fl.	—	31 G.

Actien-Course.

	Div. 1861	Z.-F.	
Aach.-Düsseld.	3½	3½	87 B.
Aach.-Mastricht.	3½	4	34¼ à ¾ bz.
Amst.-Rotterdam	5⅛	4	89¾ B.
Berg.-Märkische	6½	4	110¼ bz
Berlin-Anhalter	8¼	4	142¾ bz.
Berlin-Hamburg	6	4	117½ B.
Berl.-Potsd.-Mgd.	11	4	193¾ bz.
Berlin-Stettiner	—	4	128⅞ bz.
Breslau-Freibrg.	6⅞	4	126 bz.
Cöln-Mindener	—	3½	8[illegible] bz
Franz.St.-Eisenb.	—	5	135¾ à ½ bz.
Ludw.-Bexbach.	8	4	1[illegible]5 G
Magd.-Halberst.	22½	4	2[illegible]4 B.
Magd.-Wittenbrg.	—	4	43½ bz
Mainz-Ludw. A.	7	4	125¼ bz.
Mecklenburger	2⅞	4	57½ bz.
Münster-Hammer	4	4	97½ G.
Neisse-Brieger	3½	4	74¼ bz.
Niederschles.	4	4	98 bz
N.-Schl.-Zweigb.	1½	4	72½ bz
Nordb. (Fr.-W.)	—	4	63½ à ¼ bz.
dito Prior.	—	4½	— — —
Oberschles. A.	7⅓	3½	154¼ à 153½ bz.
Oberschles. B.	7⅓	3½	123 bz.
dito C.	7⅓	3½	154¼ à 153½ bz.
dito Prior A.	—	4	— — —
dito Prior B.	—	3½	87½ G.
dito Prior C.	—	4	— — —
dito Prior D.	—	4	95¼ G.
dito Prior E.	—	3½	84¾ bz.
dito Prior F.	—	4½	100¾ G.
Oppeln-Tarnow.	[illegible]	4	48 bz.
Prinz-W. (St.-V.)	½	4	57 bz.
Rheinische	—	4	94¼ bz.
dito (St.) Pr.	—	4	101 B.
dito Prior.	—	4	92½ G.
dito III. Em.	—	4½	99 B.
Rhein-Nahebahn	—	4	32¾ à 32 à 32¼ bz.
Ruhrort-Crefeld.	3⅓	3½	93 bz.
Starg.-Posener	—	3½	100 bz.
Thüringer	6⅝	4	118¾ G.
Wilhelms-Bahn	—	4	59½ à 62 bz.u.G.
dito Prior	—	4	91¾ bz.
dito III. Em.	—	4½	— — —
dito Prior St.	—	4½	93 B.
dito dito	—	5	93½ bz.

Preuss. und ausl. Bank-Actien.

	Div. 1861	Z.-F.	
Berl. K.-Verein	5⅓	4	116¼ B
Berl.-Hand.-Ges.	5	4	91 B.
Berl. W.-Cred.-G.	—	5	— — —
Braunschw.Bank	4	4	80¼ B.
Bremer „	5⅓	4	103¼ B.
Coburg. Credit-A.	3	4	70¼ bz.
Darmst. Zettel-B.	8⅓	4	98¼ G.
Darmst.Credb.-A.	5	4	89 à 88½ bz.
Dess. Creditb.-A.	—	4	6⅞ bz
Disc.-Cm.-Anthl.	—	4	95¼ B
Genf. Creditb.-A.	—	4	50¾ à 49¼ à ¾ bz
Geraer Bank	5¾	4	86⅝ bz
Hamb. Nrd. Bank	5	4	94 G.
„ Ver. „	5⅓	4	101 G
Hannov. „	4½	4	99 B
Leipziger „	—	4	78 Klgkt bz.u.G.
Luxembrg. „	10	4	99¾ B.
Magd. Priv. „	4⅓	4	90 bz.
Mein.-Creditb.-A.	6	4	89½ bz.
Minerva-Bwg.-A.	—	5	29¾ etw. bz
Oester. Crdtb.-A.	7¾	5	85½ à ¼ à ¾ à ¼ bz.
Pos. Prov.-Bank	[illegible]	4	96 B
Preuss. B.-Anth.	4⅓	4½	122¼ G.
Schl. Bank-Ver.	6	4	95 B.
Thüringer Bank	2¾	4	56 bz.
Weimar. Bank	4	4	86¼ G.

Wechsel-Course.

Amsterdam	10 T.	143¼ G.
dito	2 M.	142⅜ bz.
Hamburg	8 T.	151⅝ bz.
dito	2 M.	150⅝ bz.
London	3 M.	6. 21⅞ bz.
Paris	2 M.	80⅛ bz.
Wien österr. Währ.	8 T.	77⅞ bz.
dito	2 M.	77⅜ bz.
Augsburg	2 M.	56. 24 bz.
Leipzig	8 T.	99⅝ G.
dito	2 M.	99⅛ G.
Frankfurt a. M.	2 M.	56. 26 bz.
Petersburg	3 W.	[illegible]6¼ bz. 3 M. 96 bz.
Warschau	8 T.	87⅛ bz.
Bremen	8 T.	109¼ bz.

Berlin, 4. Juni. Weizen loco 65—77 Thlr. nach Qualität, ord. galiz. 68 Thlr. ab Bahn bez. — Roggen loco galiz. 48¼ Thlr. ab Bahn bez., schwimmend 2 Ladungen 80—82pfd. mit ½—¾ Thlr. Aufgeld bez., pr. Juni 49⅝—50 Thlr. bez. und Br., 49⅞ Thlr. Gld., Juni-Juli 48¼—¾ Thlr. bez. und Gld., 49 Thlr. Br., Juli-Aug. 47⅝—⅞ Thlr. bez., 48 Thlr. Br., 47¾ Thlr. Gld., Septbr.-Oktbr. 47—¾ Thlr. bez. und Gld., 48 Thlr. Br., Oktbr.-Novbr. 46¾—47¼ Thlr. bez. — Gerste, große und kleine, 34—36 Thlr. pr. 1750 Pfd., schlesische 35 Thlr. ab Bahn bez. — Hafer loco 24—26 Thlr., feiner weißer schlesischer 26 Thlr. ab Bahn bez., Lieferung pr. Juni und Juni-Juli 24⅜—¼—½ Thlr. bez., Juli-Aug. 24⅝—$\frac{7}{12}$—⅝ Thlr. bez., Septbr.-Oktbr. 24¾ Thlr. bez., Oktbr.-Novbr. 24¾ Thlr. Br. — Erbsen, Koch- und Futterwaare 47—56 Thlr. — Rüböl loco $13\frac{1}{12}$ Thlr. Br., Juni und Juni-Juli 13 Thlr. bez., Br.

Breslau, 5. Juni. Wind: Nord-Ost. Wetter: sehr schön. Thermometer Früh 11° Wärme. Der Gechäftsverkehr blieb auch beim heutigen Markte beschränkt, die Zufuhren waren mittelmäßig gut, nur feinste Qualitäten fehlen.

Weizen wenig beachtet; pr. 85pfd. weißer 67—81 Sgr., gelber 66—80 Sgr. — Roggen feinste Sorten gefragt, geringe kaum verkäuflich; pr. 84pfd. 50—53—55—58 Sgr. — Gerste preishaltend; pr. 70pfd. 35—36½ Sgr. — Hafer gefragter; pr. 50pfd. schlesischer 25—26 Sgr. — Koch-Erbsen ohne Frage. — Wicken vernachlässigt. — Bohnen ruhig. — Oelsaaten ohne Umsatz. — Schlaglein wenig Frage.

	Sgr.pr.Schff.		Sgr.pr.Schff.
Weißer Weizen	70—75—82	Erbsen	45—50—55
Gelber Weizen	70—75—81	Wicken	33—37—40
Geringer u. blauspitziger	62—68—72		Sgr.pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Roggen	50—55—60	Schlagleinsaat	150—180—200
Gerste	34—36—39	Winterraps	— —
Hafer	23—25—28	Sommerrübsen	— —

Kleesaat, rothe fand mehrseitige Beachtung, 6—9—10—11—12 Thlr., weiße ohne Angebot, 6—9—13—15—16 Thlr.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. netto 21—24 Sgr.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein in Breslau.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.